

Befürworter halten sie für die sauberste Lösung. Gegner fürchten um die Umwelt. Die Müllverbrennung ist ins Gerede gekommen. Seit einem Jahr ist das niedersächsische Umweltministerium auf Standortsuche. Angesichts wachsender Abfallberge und verfallener Depo- nien, auf deren Sicherheit kaum noch jemand etwas gibt, droht der Müllnotstand. 8,5 Millio- nen Tonnen Produktionsabfälle, davon 0,6 Millionen Tonnen Sondermüll, 9,5 Millionen Tonnen Bauschutt und 4,5 Millionen Tonnen Haus- und Gewerbemüll fallen jährlich in Nie- dersachsen an. Nicht nur Giftmüll, auch 55 Prozent des Hausmülls möchte das Umwelts- terium künftig „thermisch verwerten“, kurz: verfeuern.

„Die Pläne gehen an unseren Lebensnerv“

Bürgerinitiativen wehren sich / Ministerium auf Standortsuche

Hannover
Bei Langelsheim windet sich die Inner- ste plätschernd ins Tal. Wiesen und Felder säumen den Flußlauf. Doch der Anblick klaren Wassers und grüner Ufer ist trü- gerisch. Im Talboden der Innerste lagern Un- mengen giftiger Schwermetalle. Der Har- zer Bergbau hat seine Spuren hinterlassen. Über Jahrhunderte wurde angeschwemmt, was bei Erzabbau und Metallverhüttung übrigblieb: Blei, Kadmium, Zink und Kupfer. Typische Uferpflanzen und Fluß- bewohner sind verschwunden.

Auch in Langelsheim wurde Metall aus Erz gewonnen. Größter Arbeitgeber am Ort war über Generationen die Hans- Heinrich-Hütte. Heute ist sie Produktions- stätte der Chemetall. Mit dem beabsichtig- ten Einstieg in die Abfallbranche hat der Metallchemie-Hersteller unter den Lan- gelsheimern jetzt für Aufregung gesorgt. Am Ufer der Innerste soll eine Müllver- brennungsanlage für Haus- und Gewerbe- müll, Klärschlamm, Lösungsmittel und Deponie-Sickerwasser gebaut werden. Die Abwärme möchte der Chemiebetrieb unter anderem als Heiz- und Prozeßdampf nut- zen. Im Mai wurde gemeinsam mit dem Landkreis Goslar und dem Stromlieferan- ten Hastra eine Betreibergesellschaft ge- gründet. Die Genehmigung der Bezirksre- gierung Braunschweig steht allerdings noch aus.

Die Langelsheimer Bürgerinitiative, die mittlerweile einen Verein gegründet hat, bringt die Behörden ins Schwitzen. Ein Mitarbeiter der Bezirksregierung ist seit Wochen damit beschäftigt, die Widersprü- che zu sortieren. 5000 Einwendungen seien nach Braunschweig geschickt worden, be- richtet Ortwin Zillgen, Sprecher der In- itiative. Der Biologe hält den Standort Langelsheim für gänzlich ungeeignet. Nicht nur der verseuchte Boden verbiete eine zusätzliche Belastung mit Umweltgif- ten. Auch die Nordharzlage – ausgewiesen als Smoggebiet – sei problematisch. „Bei besonderen Wetterbedingungen bleibt der Dreck aus dem Schornstein im Talkessel.“

Nachrichten aus Holland sorgten jüngst auch für Mitstreiter bei den Landwirten.

Weitere Verbrennungsöfen für Müll wer- den nicht mehr genehmigt; die bestehen- den sollen stillgelegt werden. Die Bundes- regierung reagiert mit Grenzwerten. Aller- dings Dioxin-Richtwerte sucht man in der Technischen Anleitung Luft vergeblich.

Das niedersächsische Umweltministe- rium setzt bei der umstrittenen Verbren- nung auf die „neueste Technik“, die – glaubt man den Versprechungen der Firma Harz-Metall – „nahezu keine PCBs, Dio- xine oder Furane übrigläßt“. Nur wenige Kilometer von Langelsheim entfernt, auf ihrem Betriebsgelände in Oker-Harlinge- rode, plant die Harz-Metall, eine Firmen- gruppe der Preussag, den Bau einer Hoch- temperatur-Verbrennungsanlage (HTV) für 30 000 Tonnen Sondermüll im Jahr, eine Sondermülldeponie und eine Anlage zur Aufarbeitung der 1,2 Millionen Ton- nen Lagerbestände an Räumasche. Die Gegner haben sich längst formiert. Doch die Preussag ist im Umgang mit Umwelt- schützern geübt; spätestens seit 1980, als das Freiburger Öko-Institut mit der Veröf- fentlichung bedrohlicher Blei- und Kad- miumwerte in Oker-Harlingerode einen Proteststurm auslöste. Evakuierungspläne wurden erarbeitet, Verzehrempfehlungen für die Region eingeführt. Die Zukunft der Preussag-eigenen Blei- und Zinkhütte war ungewiß. Über Jahre ging das Unterneh- men mit Sanierungs- und Modernisie- rungskonzepten und hohen Zuschußfor- derungen beim Wirtschaftsminister hausie- ren. Im letzten Jahr beschloß die Preussag, ihre Zinkproduktion einzustellen. Das Ge- schäft mit dem Müll scheint lukrativer.

Mit von der Partie sind die Firmen Reth- mann und Edelhoff aus Nordrhein-West- falen. Letztere betreibt unter anderem in Bramsche bei Osnabrück seit zwanzig Jah- renden bislang einzigen Verbrennungsöfen für flüssigen Giftmüll in Niedersachsen. Ein Pionier der Branche, dem es allerdings nicht gelungen ist, den Gegnern ihr Miß- trauen zu nehmen. Derzeit wird vor dem Oberverwaltungsgericht über den Ausbau eines Hochregallagers für 1200 Tankbe- hälter gestritten. Die Stadt Bramsche klagte gegen die von der Bezirksregierung



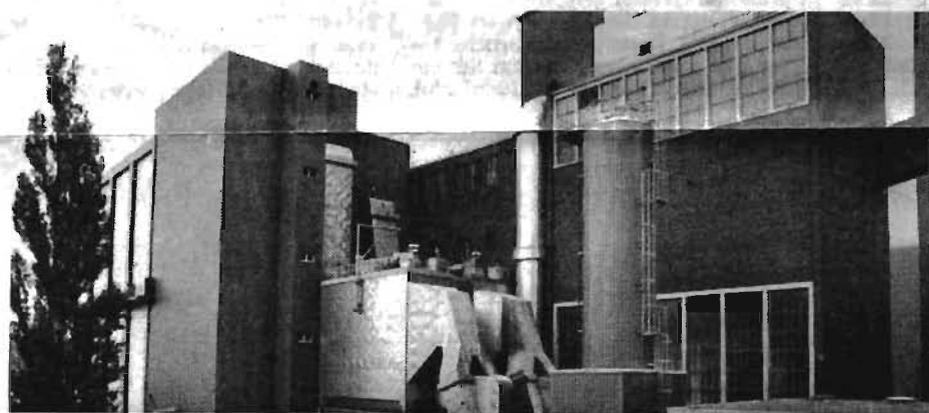
4,5 Millionen Tonnen Hausmüll landen jährlich auf den Deponien

Braunschweig kann sich sehen lassen. Nicht nur bei der Chemetall und der Harz-Metall, auch im Hause des Salzgit- ter-Konzerns nimmt man sich der ministe- riellen Wünsche an. Kurz vor dem Abs- chluß steht das Genehmigungsverfahren für eine sogenannte Pyrolyseanlage für Sondermüll in Salzgitter-Watenstedt. Dies Verfahren, bei dem unter Luftabschluß fe- ste oder flüssige Stoffe bei Temperaturen bis zu 700 Grad zersetzt werden, ist bis- lang nur in Demonstrationsanlagen er- probt worden. Auch in Salzgitter wurde die Pyrolyse mit Millionenzuschüssen vom Bonner Forschungsministerium vier Jahre lang getestet. Allerdings mit einem uner- freulichen Ausgang. Das Endprodukt, das sogenannte Pyrolyseöl, war nicht nur mit hochgiftigen Dioxinen und Furanen ver- seucht, es wurde zudem in ungesicherten Kesselwagen gelagert. Das Strafverfahren gegen die ehemaligen Manager der Salz- gitter-Pyrolyse GmbH wurde eingestellt.

„Vermeide soll nach e kontrollierte künftiger A Vor drei Jah tische Stabr ten Fassun festgeschriei Vorschriften Jahren wird Anleitung A Teil soll Enc kommen. Ei über Depon kündigt. Müllverbr doch kein Hierfür ist

Gutachter haben das Wort

Außerhalb der Braunschweiger Regie- rungsbezirksgrenzen geht man andere We- ge. Sei es, daß privatwirtschaftliche Be- werber fehlen oder Verordnungen und Ge- setze anders interpretiert werden: Plan- feststellungsverfahren wurden vorerst zu- rückgestellt. In Dörpen bei Lingen, dem geplanten Standort für die zweite niede- rsächsische Hochtemperatur-Verbren- nungsanlage für Sondermüll, ist von der Betreiberin, dem Energieversorgungsun- ternehmen EWE, erst einmal eine Umwelt- verträglichkeitsprüfung in Auftrag gege- ben worden. In Stade stoppten die Kreis- tagsfraktionen die Verhandlungen des Landkreises, im Industriegebiet eine Hausmüllverbrennungsanlage (MVA) zu bauen. Und auch in Hoya (Kreis Nienburg) liegen die Pläne, die Abwärme einer MVA der örtlichen Papierfabrik zukommen zu



müll, Klärschlamm, Lösungsmittel und Deponie-Sickerwasser gebaut werden. Die Abwärme möchte der Chemiebetrieb unter anderem als Heiz- und Prozeßdampf nutzen. Im Mai wurde gemeinsam mit dem Landkreis Goslar und dem Stromlieferanten Hastra eine Betreibergesellschaft gegründet. Die Genehmigung der Bezirksregierung Braunschweig steht allerdings noch aus.

Die Langelsheimer Bürgerinitiative, die mittlerweile einen Verein gegründet hat, bringt die Behörden ins Schwitzen. Ein Mitarbeiter der Bezirksregierung ist seit Wochen damit beschäftigt, die Widersprüche zu sortieren. 5000 Einwendungen seien nach Braunschweig geschickt worden, berichtet Ortwin Zillgen, Sprecher der Initiative. Der Biologe hält den Standort Langelsheim für gänzlich ungeeignet. Nicht nur der verseuchte Boden verbiete eine zusätzliche Belastung mit Umweltgiften. Auch die Nordharzlage – ausgewiesen als Smoggebiet – sei problematisch. „Bei besonderen Wetterbedingungen bleibt der Dreck aus dem Schornstein im Talkessel.“ Nachrichten aus Holland sorgten jüngst auch für Mitstreiter bei den Landwirten.

schützen geübt; spätestens seit 1980, als das Freiburger Öko-Institut mit der Veröffentlichung bedrohlicher Blei- und Kadmiumwerte in Oker-Harlingerode einen Proteststurm auslöste. Evakuierungspläne wurden erarbeitet, Verzehrempfehlungen für die Region eingeführt. Die Zukunft der Preussag-eigenen Blei- und Zinkhütte war ungewiß. Über Jahre ging das Unternehmen mit Sanierungs- und Modernisierungskonzepten und hohen Zuschußforderungen beim Wirtschaftsminister hausieren. Im letzten Jahr beschloß die Preussag, ihre Zinkproduktion einzustellen. Das Geschäft mit dem Müll scheint lukrativer.

Mit von der Partei sind die Firmen Rethmann und Edelhoff aus Nordrhein-Westfalen. Letztere betreibt unter anderem in Bramsche bei Osnabrück seit zwanzig Jahren bislang einzigen Verbrennungsöfen für flüssigen Giftmüll in Niedersachsen. Ein Pionier der Branche, dem es allerdings nicht gelungen ist, den Gegnern ihr Mißtrauen zu nehmen. Derzeit wird vor dem Oberverwaltungsgericht über den Ausbau eines Hochregallagers für 1200 Tankbehälter gestritten. Die Stadt Bramsche klagte gegen die von der Bezirksregierung

Braunschweig kann sich sehen lassen. Nicht nur bei der Chemetall und der Harz-Metall, auch im Hause des Salzgitter-Konzerns nimmt man sich der ministeriellen Wünsche an. Kurz vor dem Abschluß steht das Genehmigungsverfahren für eine sogenannte Pyrolyseanlage für Sondermüll in Salzgitter-Watenstedt. Dies Verfahren, bei dem unter Luftabschluß feste oder flüssige Stoffe bei Temperaturen bis zu 700 Grad zersetzt werden, ist bislang nur in Demonstrationsanlagen erprobt worden. Auch in Salzgitter wurde die Pyrolyse mit Millionenzuschüssen vom Bonner Forschungsministerium vier Jahre lang getestet. Allerdings mit einem unerfreulichen Ausgang. Das Endprodukt, das sogenannte Pyrolyseöl, war nicht nur mit hochgiftigen Dioxinen und Furanen verseucht, es wurde zudem in ungesicherten Kesselwagen gelagert. Das Strafverfahren gegen die ehemaligen Manager der Salzgitter-Pyrolyse GmbH wurde eingestellt.

Gutachter haben das Wort

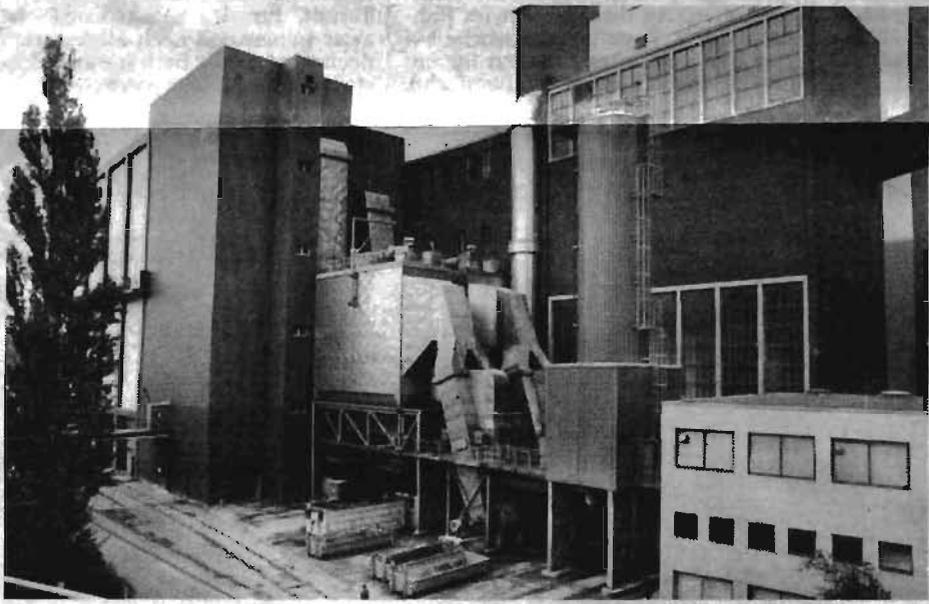
Außerhalb der Braunschweiger Regierungsbezirksgrenzen geht man andere Wege. Sei es, daß privatwirtschaftliche Bewerber fehlen oder Verordnungen und Gesetze anders interpretiert werden: Planfeststellungsverfahren wurden vorerst zurückgestellt. In Dörpen bei Lingen, dem geplanten Standort für die zweite niedersächsische Hochtemperatur-Verbrennungsanlage für Sondermüll, ist von der Betreiberin, dem Energieversorgungsunternehmen EWE, erst einmal eine Umweltverträglichkeitsprüfung in Auftrag gegeben worden. In Stade stoppten die Kreistagsfraktionen die Verhandlungen des Landkreises, im Industriegebiet eine Hausmüllverbrennungsanlage (MVA) zu bauen. Und auch in Hoya (Kreis Nienburg) liegen die Pläne, die Abwärme einer MVA der örtlichen Papierfabrik zukommen zu lassen, vorerst auf Eis.

„Kein Oberkreisdirektor ist derzeit bereit, einen Standort zu nennen“, weiß Klaus Eggerking, Referatsleiter im Umweltministerium. So machten sich die Planer in Hannover einen Paragraphen des Abfallgesetzes zunutze, wonach die Regierungspräsidenten tätig werden können. Gutachter haben nun in ihrem Auftrag das Wort und sind zwischen Ems und Elbe auf Standortsuche. 250 000 Mark bekam jeder der vier Regierungsbezirke für die Expertenarbeit. Allerdings – selbst nach Festlegung der Standorte können die Gemeinden und Kreise nicht zum Bau gezwungen werden.

Gewerbeaufsicht legte Veto ein

Auch in Hameln landeten Baupläne erst einmal wieder in der Schublade. In der Weserstadt ist seit über zehn Jahren der einzige niedersächsische Verbrennungsöfen für Hausmüll in Betrieb. Die Grenzwerte der TA Luft werden bislang nicht eingehalten. „Mal sind wir drüber, mal drunter. Es kommt drauf an, was im Müll drin ist“, sagt der technische Geschäftsführer Werner Pöhler. Doch man war guten Willens. Die Anträge für den Bau eines dritten Kessels und einer verbesserten Rauchgasreinigung waren geschrieben. Da legte die Gewerbeaufsicht ihr Veto ein. Eine neue Rechtsverordnung zum Immissionsschutzgesetz sei in Bonn in Arbeit und müsse abgewartet werden. Nach dem derzeitigen Entwurf sind die Hamelner Pläne hinfällig, niedrigere Grenzwerte verlangen eine verbesserte und teurere Technik. Pöhler ist verärgert. „Was wir jetzt durch die Verzögerung in die Luft qualmen – das dauert Jahre, ehe wir das durch weniger Schadstoffe wieder ausgleichen haben.“

Vermeid soll nach kontrolliert künftiger Vor drei Ja tische Stab ten Fassu festgeschrie Vorschriften: Jahren wird Anleitung Teil soll En kommen. E über Depo kündigt. Müllverb doch kein Hierfür ist



In Hameln steht bislang die einzige niedersächsische Müllverbrennungsanlage. Aufn.: Franke

Im Juli hatte das niederländische Zentrum für Landleben und Umwelt giftiges Dioxin in Milch- und Käseproben aus Delfland und aus Landmeer entdeckt. In beiden Fällen wurden als Verursacher Müllverbrennungsanlagen ausgemacht. Die Bauern mußten vorerst ihren Milch- und Fleischverkauf einstellen. „Wer garantiert, daß uns das nicht auch passiert“, fragt sich nun der Langelsheimer Landwirt Hubertus Wedde.

Nicht zum ersten Mal wurde man fündig. Bereits in den siebziger Jahren, kurz nach dem Seveso-Unglück, wurden chlorierte Dioxine in Flugstäuben von Hausmüllverbrennungsanlagen nachgewiesen. Es wurde deutlich, wie wenig selbst Fachleute über die chemischen Reaktionen bei der Verbrennung wissen. Zudem sind die Analysemethoden noch unzureichend: In den siebziger Jahren kam eine amerikanische Studie zu dem Ergebnis, daß nur rund 20 Prozent der organischen Verbindungen in den Abgasen aus acht Sondermüllverbrennungsöfen den Chemikern bekannt sind.

1982 untersuchte die nordrhein-westfälische Landesanstalt für Immissionsschutz die Dioxin-Emissionen bei zehn Müllverbrennungsanlagen. In einem Fall wurden geringe Mengen TCCD, das sogenannte Seveso-Gift, gemessen. Länder wie Schweden zogen bereits Konsequenzen.

erteilte Genehmigung.

Doch auch die Harz-Metall und ihre Partner müssen noch auf eine Entscheidung der Bezirksregierung Braunschweig warten. Die Gegner sind zuversichtlich. Der Bürgerinitiative, der auch Ärzte und viele Einzelhändler angehören, stehen die Stadtväter des nahegelegenen Kurortes Bad Harzburg zur Seite. Sie lassen sich ihren Widerstand etwas kosten. Bereits vor zwei Jahren verpflichteten Rat und Verwaltung einen der erfahrensten bundesdeutschen Umwelthanwälte, den Frankfurter Matthias Möller. Der Widerspruch zum Bau der Sondermülldeponie aus der Feder des Rechtsexperten umfaßt allein 60 Seiten. „Die Pläne in Oker gehen an unseren Lebensnerv“, erklärt denn auch Otto Müller, stellvertretender Bauamtsleiter in Bad Harzburg. „Wir haben unser Prädikat als heilklimatischer Kurort zu verteidigen. Wie sollen wir unsere gute Luft weiterhin verkaufen, wenn wir ein Müllzentrum werden.“ Den Expertenstreit über die Gefahren der HTV hält Otto Müller für zweit-rangig. „Da kommt immer oben was raus aus dem Schornstein. Und das schreckt die Leute ab.“

Vier Zentren für Sonderabfall und zehn bis zwölf Verbrennungsanlagen für Hausmüll brauche das Land, verkündete Umweltminister Werner Remmers vor einem Jahr. Die Rechnung des Regierungsbezirks



landen jährlich auf den Deponien in Niedersachsen. Aufn.: Blüher

sehen lassen.
metall und der
se des Salzgit-
ch der ministe-
vor dem Abs-
ungsverfahren
lyseanlage für
atenstedt. Dies
uftabschluß fe-
Temperaturen
werden, ist bis-
onsanlagen er-
algitter wurde
zuschüssen vom
rium vier Jahre
it einem uner-
ndprodukt, das
r nicht nur mit
Furanen ver-
ungesicherten
Strafverfahren
lager der Salz-
eingestellt.

das Wort
hweiger Regie-
nan andere We-
schaftliche Be-
nungen und Ge-
werden: Plan-
den vorerst zu-
ei Lingen, dem
zweite nieder-
eratur-Verbren-
üll, ist von der
versorgungsun-
al eine Umwelt-
Auftrag gege-
epten die Kreis-
ändlungen des
iegebiet eine
age (MVA) zu
Kreis Nienburg)
rme einer MVA
zukommen zu

Pro

Josef Abel vom Medizinischen Institut für Umwelthygiene der Universität Düsseldorf, vorwiegend mit der Erforschung von Schadstoffemissionen aus großtechnischen Anlagen beschäftigt:

Für Josef Abel ist die Müllverbrennung derzeit noch ein unverzichtbarer Bestandteil eines Abfallwirtschaftskonzeptes. Zwar sollte die thermische Verwertung der letzte Ausweg bleiben, doch bislang seien andere Verfahren – zum Beispiel eine bakterielle Zersetzung – großtechnisch noch nicht einsetzbar. Die Verbrennung von Abfall müsse grundsätzlich der Deponierung vorgezogen werden. Die Entstehung von Dioxinen sei zwar unstrittig, doch Schadstoffbelastung dürfe nicht isoliert gesehen werden. „Auch bei der Verbrennung von Heizöl entstehen Dioxine und Furane.“ Die Menge an organischen Verbindungen, die aus dem Schornstein einer modernen Müllverbrennungsanlage entweicht, sei verschwindend gering. Ihr Anteil an der Gesamtemission in der Luft betrage nicht mehr als vier Prozent. „Und die Hersteller sagen, sie könnten den Ausstoß noch mehr drücken.“ Auch durch ein besseres Vorsortieren des Mülls könnten die Schadstoffe, die nach der Verbrennung übrigbleiben, gesenkt werden. Verfahren zur Entfernung anderer Stoffe wie Quecksilber und anorganischer Gase würden derzeit erprobt. „Wird nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und umgerüstet, ist die Verbrennung vertretbar.“

Kontra

Michael Braungart vom Zentrum für soziale und ökologische Technik in Hamburg, vorwiegend für Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen als Gutachter tätig:

Michael Braungart hält die Müllverbrennung für eine unsinnige und nicht verantwortbare Technik. Nicht nur als Erzeuger von Dioxinen, Furanen und Kohlendioxyd sei die thermische Verwertung abzulehnen. „Diese Technik stoppt die Entwicklung intelligenter Produktionsmethoden zur Müllvermeidung.“ Verschwendung statt Vermeidung sei ein Baustein dieser Technik: Papier und Kunststoff würden zu unverzichtbarem Brennmaterial. „An recyclingfähigen Kunststoffen, zum Beispiel kompostierbaren Windeln, gibt es dann kein Interesse mehr. Und auch die Verwendung auswaschbarer Druckfarben stände dem Bedarf an Papier als Brennwert entgegen.“ Die unterschiedliche Gewichtung lasse sich auch in Zahlen ausdrücken. In der Bundesrepublik seien bislang 400 Millionen Mark für die Abfallvermeidung ausgegeben worden. Auf 50 Milliarden Mark summieren sich nach Braungarts Rechnung die Kosten für den bundesweit geplanten Bau von 120 Hausmüllverbrennungsanlagen. Zudem ist nach Ansicht von Braungart die Energiegewinnung durch Müllverbrennungsanlagen ein Märchen. Eine derartige Anlage könne längst nicht die Energiemenge liefern (Strom und Wärme), die zu ihrer Herstellung erforderlich sei.

Abfallgesetz steht zur Beratung an

Drei Entwürfe zum Vermeiden, Vermindern, Verwerten

„Vermeiden, vermindern, verwerten“ soll nach einer Ära mehr oder minder kontrollierter Beseitigung das Prinzip künftiger Abfallwirtschaftspolitik sein. Vor drei Jahren wurde dieser programmatische Stabreim erstmals in der novellierten Fassung des Bundesabfallgesetzes festgeschrieben. Ergänzende gesetzliche Vorschriften lassen auf sich warten. Seit Jahren wird in Bonn an einer Technischen Anleitung Abfall geschrieben. Ein erster Teil soll Ende dieses Jahres auf den Tisch kommen. Ein ausführlicher zweiter Teil über Deponietechnik ist für 1990 angekündigt.

Müllverbrennungsanlagen werden jedoch kein Thema der TA Abfall sein. Hierfür ist eine neue Rechtsverordnung

nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz in Arbeit. Der derzeitige Entwurf setzt weitaus schärfere Grenzwerte für Schadstoffe wie Chlor, Kohlenstoffe und Gesamtstaub als die bislang für die Müllverbrennung gültige TA Luft.

In Niedersachsen ist eine Anpassung bestehender Bestimmungen an den „neuen Geist“ des Bundesabfallgesetzes geplant. Drei Gesetzentwürfe kamen im Frühjahr zur Anhörung. Eine Beratung in den Ausschüssen steht noch aus. Während sich die Grünen grundsätzlich gegen den Bau von Müllverbrennungsanlagen aussprechen und statt dessen Deponien mit hohem Sicherheitsstandard für den nicht vermeidbaren Abfall fordern, befürworten SPD, FDP und CDU die thermische Verwer-

nung. Im Entwurf der Sozialdemokraten finden sich jedoch eine Reihe ergänzender Maßnahmen. So sollen unter anderem die Preise für die Müllabfuhr nach Art, Gewicht oder Menge gestaffelt werden, um Anreize zur Vermeidung zu schaffen. Außerdem fordert die SPD einen 50prozentigen Zuschlag bei Sonderabfällen. Eine Gesellschaft mit Mehrheitsbeteiligung des Landes soll grundsätzlich für den Transport, die Lagerung und Beseitigung von Sondermüll zuständig sein. Der Vorschlag der Regierungskoalition geht nicht ganz so weit: Sie möchte nur die Aufgabe der Vermittlung zwischen Abfallerzeuger und Beseitiger der bereits bestehenden Niedersächsischen Gesellschaft zur Endlagerung von Sonderabfällen übertragen.